



# rot!ation

Publikation der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Aus dem Inhalt

## Neuigkeiten aus dem StuPa

Oppositionsfraktionen glänzen mit  
Abwesenheit  
Seite 1

## Polizeieinsatz im ZHG

Juso-HSG verurteilt gewalttätige  
Ausschreitungen bei Schönemann-  
Vortrag  
Seite 2

## Wie die ADF Eure Interessen vertritt

Nachdem schon auf der vorherigen Sitzung des StuPas einige Tagesordnungspunkte wegen geringer Anwesenheit verschoben werden mussten, hatte man sich für die letzte Sitzung im Jahr 2011 einiges vorgenommen. Neben einigen Änderungsanträgen zur Finanzordnung (FinO) wurden auch die studentischen VertreterInnen im Studentenwerk neu gewählt. Dort sind die Studierenden mit drei Sitzen im Vorstand und fünf Sitzen im Kontrollorgan, dem Stiftungsrat, vertreten und es geht um Themen wie Wohnungsbau und Mensaessen – Themen, von denen man meinen sollte, dass sie alle im Studierendenparlament vertretenen Fraktionen interessieren.

So sah es auch anfangs nach einer normalen Sitzung aus, ParlamentarierInnen aller Fraktionen trudelten nach und nach im ZHG 008 ein und setzten sich. Mit einem Unterschied: Während sich die Mitglieder der vier linken Fraktionen auch in die Anwesenheitslisten des Präsidiums eintrugen, war davon bei Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) – dass die Liberale Hochschulgruppe (LHG) mal wieder nicht da war, ist kaum noch erwähnenswert – nichts zu sehen. Sobald ein Mitglied dieser Gruppen den Raum betrat und sich eintragen wollte, wurde er/sie von seiner/ihrer Fraktion zurückgepfiffen. Das Kalkül war klar: Die Opposition wollte verhindern, dass das StuPa beschlussfähig wird. Hierfür sind 24 anwesende ParlamentarierInnen

notwendig, kurz bevor die Sitzung hätte verschoben werden müssen, waren nur 23 eingetragen. Gegen die Rechtmäßigkeit der Sitzung hatte die ADF nach der Sitzung Einspruch bei der Rechtsabteilung der Universität eingelegt – zu Unrecht wie sich zeigte. Die Rechtsabteilung stellte fest, dass die ParlamentarierInnen auch als anwesend gelten, wenn sie sich nicht selbst eingetragen haben, sondern ihre Anwesenheit vom Präsidium festgestellt wird.

### ■ Lehramtsstudierende sind Leidtragende

Doch welches Interesse sollte eine (oder mehrere) Hochschulgruppen daran haben, diese Sitzungen zu verhindern – mal ganz abgesehen von dem dahinterstehenden Demokratieverständnis?

Die zu behandelnden Finanzordnungsanträge hätten alle eine 2/3-Mehrheit benötigt, um angenommen zu werden, ADF und RCDS können diese somit auch problemlos ablehnen und die studentischen VertreterInnen im Studentenwerk konnten auch so problemlos gewählt werden, worum also geht es? Es war der Opposition schlicht wichtiger, eine Handlungsunfähigkeit des StuPas zu inszenieren und dem AStA keine Erfolge zu gönnen als objektiv wichtige Verbesserungen für die Studierenden herbeizuführen. Dem Änderungsantrag zur Integration der Lehramtsstudierendenvertretung in die FinO stimmten im Haushaltsausschuss etwa auch VertreterInnen der ADF zu.

Wie es aussieht, bleiben die Lehramtsstudierenden - dank ADF und RCDS - weiterhin in einer unklaren rechtlichen Situation.

### ■ ADF nimmt Sitze in Kommissionen nicht wahr

Es ist schwer das auf den ersten Blick zu begreifen: Die Gruppe, die sonst ganz vorne mit dabei ist, anderen hochschulpolitischen Gruppen die Seriosität abzusprechen, hält selbst nicht viel von ihren proklamierten Idealen. Vertretung studentischer Interessen – eher nicht. Akzeptanz parlamentarischer Repräsentation – nein danke. Ein Leben jenseits von Klüngel und der eigenen Karrieregeilheit – aber doch nicht bei uns!

Für das Demokratieverständnis der ADF ließen sich problemlos weitere Beispiele finden: So war sie überhaupt nur bei zwei (!) von insgesamt zwölf StuPa-Sitzungen in dieser Legislaturperiode vollzählig. Das von ihr benannte Mitglied sieht man in der Senatskommission für Informationsmanagement eher selten. In der Strategiekommision und der Kommission für Entwicklung und Finanzen hat man diese überhaupt noch nicht zu Gesicht bekommen. In die LemsHO-Kommission, die über Härtefallanträge bei der Rückerstattung von Semesterticketbeiträgen entscheidet und für die die ADF sogar in ihrer Publikation Werbung macht, entsendet sie ebenfalls zwei VertreterInnen – lediglich auf dem Papier, versteht sich.

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

(Fortsetzung von Seite 1)

## ■ Gerechteres Wahlsystem an Opposition gescheitert

Und hatte nicht die ADF den stellvertretenden StuPa-Präsidenten vom Basisdemokratischen Bündnis bei dessen Vorstellung nach seiner Meinung zum Parlamentarismus befragt, hatte man nicht bezweifelt, dass er die parlamentarischen Gepflogenheiten ernst nehmen könne? Jenseits aller anderen Wertungen kann man auch hier konstatieren: Er war immer da. Der zweite Stellvertreter, der von der ADF kommt, nahm es mit der Anwesenheit leider nicht so genau: Auf mehr als der Hälfte der Sitzungen ließ

er seine beiden Kollegen die Arbeit alleine machen und zeigte, was sein Amt ihm bedeutet: einen nützlichen Eintrag in seinen Lebenslauf. Immer noch Bedarf an mehr Geschichten über ein Jahr Desinteresse an studentischen Belangen? Nun gut: So verhinderten ADF und RCDS mit ihrer Sperrminorität im StuPa etwa eine Änderung der Wahlordnung. Diese hätte eine gerechtere Verteilung der Mandate auf die hochschulpolitischen Gruppen mit sich gebracht. Die derzeitige Wahlordnung bevorzugt massiv große Gruppen wie die ADF oder auch die Juso-HSG. Für uns war es trotzdem klar, die Änderung im Sinne einer besseren Repräsentation

der Studierenden zu unterstützen. Diese Änderung wurde auch ohne Probleme im Senat für die Wahl zu Kollegialorganen angenommen. ProfessorInnen, MitarbeiterInnen und der studentische Senator der rot-grünen Liste konnten dem zustimmen, nur der ADF-Senator votierte als einziger dagegen. Der Machtwille war stärker als das Gerechtigkeitsgefühl. Daher appellieren wir an euch, dieses undemokratische Verhalten bei der nächsten Wahl nicht zu unterstützen. Was als unabhängig und sachorientiert angepriesen wird, ist in Wahrheit undemokratisch und rein machtorientiert!

# Juso-HSG verurteilt Polizeieinsatz

Angesicht des massiven Polizeieinsatzes, der sich im Umfeld einer Veranstaltung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am 10. Januar auf dem Göttinger Zentralcampus ereignete, zeigt sich die Juso-Hochschulgruppe Göttingen empört. Vor und während der Veranstaltung mit dem niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann und dem Göttinger Polizeipräsidenten Robert Kruse war es zu Protesten gegen die rassistische Abschiebepolitik des Landes Niedersachsen und das aggressive Vorgehen von Polizeikräften bei Demonstrationen linker Gruppen und Bündnisse gekommen.

## ■ Polizeieinsatz führt zu verletzten Studierenden

Mehrere Menschen hatten dabei zu Beginn der Veranstaltung gewaltfrei zwei der vier Eingänge im ZHG 008 blockiert. Mit massivem Einsatz von Schlagstöcken und Fäusten löste die Polizei diese Blockade nach ungefähr der Hälfte der Veranstaltung ohne ersichtlichen Grund auf. Der Norddeutsche Rundfunk veröffentlichte daraufhin zwei Videos, die dieses aggressive Vorgehen belegen: <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/harz/protest229.html>

Bei diesem Einsatz wurden auch mehrere Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe verletzt, als diese vermittelnd tätig werden wollten. Wir

verurteilen insbesondere das eskalierende Vorgehen von Polizeieinheiten, die ohne Vorwarnung in die Menschenmenge stürmten und unkontrolliert auf diese einschlugen. Neun verletzte Demonstrierende haben jetzt mit Unterstützung des AStA Klage gegen Unbekannt eingereicht. Die Juso-HSG hofft, dass diese Klagen zu einem Erfolg führen, vor allem, da die TäterInnen aus Reihen der Polizei auf den Videos gut zu identifizieren sind.

## ■ Universitäres Serviceangebot eingeschränkt

Darüber hinaus lehnt die Juso-HSG Polizeipräsenz auf dem Campus als Resultat historischer Einflussnahme grundsätzlich ab. Es zeigt sich, dass die Anwesenheit von Polizei schnell zu Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre führen kann. Diese Einschränkung zeigte sich am vergangenen Dienstag dadurch, dass mehrere Lehrveranstaltungen entfallen oder verlegt werden mussten und das universitäre Service- und Beratungsangebot früher schließen musste.

Hieran und an der Verletzung von Studierenden trägt der RCDS als Veranstalter einen großen Teil der Schuld, nahm er doch diese Behinderungen studentischen Lebens ebenso wie die Präsenz der Polizei billigend in Kauf und bestärkte die Einsatzkräfte sogar in ihrem aggressiven Vorgehen.

VertreterInnen der Juso-Hochschulgruppe hatten im Voraus versucht in verschiedenen universitären Gremien darauf hinzuwirken, die Veranstaltung nicht in diesem Rahmen auf dem Universitätsgelände stattfinden zu lassen. Daher fordern wir das Präsidium der Universität Göttingen auf, zu diesen Vorfällen klar Stellung zu beziehen und das Vorgehen der Polizei zu verurteilen.

Die Wahlkampfveranstaltung des RCDS wird indes auch noch ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linkspartei haben die Behandlung im niedersächsischen Landtag beantragt. Dabei werden unter anderem die Polizeigewalt, die Kosten für die niedersächsischen SteuerzahlerInnen und die Einschränkungen der universitären Lehre ein Thema sein.

## Impressum

Auflage: 1000

Druck: Pachnicke Druck Göttingen,  
gedruckt auf Recyclingpapier  
V. i. S. d. P.: Hannes Riebl

Kontakt:

Juso-Hochschulgruppe  
c/o SPD-Stadtverband Göttingen  
Nikolaistraße 30  
37073 Göttingen  
kontakt@linke-kraft.de  
www.linke-kraft.de